



Deliveroo und drei Manager vor dem Pariser Strafgericht wegen Schwarzarbeit angeklagt.

Im Mai 2018 hatte die Pariser Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung eingeleitet, mit der das Office central de lutte contre le travail illégal (OCLTI) betraut wurde.

Die „Uberisation“ auf dem Prüfstand? Die Plattform Deliveroo und drei ihrer ehemaligen Direktoren werden sich im März 2022 vor dem Pariser Strafgericht wegen illegaler Beschäftigung verantworten müssen. Sie werden verdächtigt, Personen als „selbständige“ Auslieferungsfahrer beschäftigt zu haben, die eigentlich Angestellte sein müssten. Bereits im Mai 2018 hatte die Pariser Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung eingeleitet, mit der die Zentralstelle zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung (OCLTI) betraut wurde.

Dem Lieferdienst wird vorgeworfen, „eine große Anzahl von Arbeitsplätzen verheimlicht“ zu haben, und drei ehemalige Manager von Deliveroo Frankreich, darunter der ehemalige Generaldirektor, müssen sich vom 8. bis 16. März 2022 vor Gericht verantworten, um Vorwürfe aus dem Zeitraum 2015-2017 aufzuklären. Die Staatsanwaltschaft verdächtigt Deliveroo und einige seiner ehemaligen Manager, „Tausende von Arbeitnehmern unter einem vermeintlich unabhängigen Status über Handelsverträge eingesetzt zu haben, während sie in einem ständigen rechtlichen Unterordnungsverhältnis standen“, wie die Arbeitsaufsichtsbehörde in einem Bericht vom Dezember 2017 festgestellt hatte.

„Ein großer Schritt gegen die Uberisierung“

„Seit seinen Anfängen in Frankreich hat das Unternehmen Deliveroo France als digitale Plattform gearbeitet, um Menschen mit unabhängigen Lieferpartnern in Kontakt zu bringen, und zwar auf völlig transparente und beanstandungsfreie Weise und unter strikter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen“, so das Unternehmen in einer Erklärung gegenüber der AFP. Kevin Mention, ein Anwalt mehrerer Kläger in diesem Fall, lobte hingegen auf Facebook „einen riesigen Schritt gegen die Uberisierung“.

Im Rahmen der Ermittlungen beschlagnahmten die Gerichte 3 Millionen Euro vom französischen Bankkonto des Unternehmens, was einem Teil der Sozialversicherungsbeiträge entspricht, die es im Zeitraum 2015-2016 nicht abgeführt haben soll. Deliveroo teilte jedoch am Montagabend mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt „alle in Frankreich endgültig ergangenen Gerichtsentscheidungen positiv ausgefallen sind“.